

Anhörung im Petitionsausschuss des Thüringer Landtags zur Petition gegen Stellenstreichungen an der Universität Jena

Erfurt, 27. Mai 2024 – Am letzten Donnerstag fand im Petitionsausschuss des Thüringer Landtags die Anhörung zu der Petition "Für eine nachhaltige Zukunft der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Gegen Unterfinanzierung und für den Erhalt aller Arbeitsplätze" statt.

Die Petition richtet sich gegen die geplanten und teilweise bereits umgesetzten Kürzungen an der Universität. Bis zum Jahr 2030 sollen Stellen im Umfang von mehr als 100 Vollzeitäquivalente an der Universität gestrichen werden. Hinzu kommen weitere Kürzungen bei Sachmitteln und studentischen Beschäftigten. Ebenso greift seit einem Jahr eine Wiederbesetzungssperre von frei werdenden Stellen für jeweils sechs Monate, die jüngst bis zum 30. Juni 2025 verlängert wurde.

Die Petition wurde vom Bündnis „FSU Unterfinanziert“ initiiert, das aus Studierenden, Beschäftigten und Absolventen der Universität Jena besteht. Insgesamt wurden 3198 Unterschriften (Online: 1115 /Auf Papier: 2083) gesammelt. Insbesondere die Studierenden und Beschäftigten der Universität unterstützen die Petition. Daneben unterzeichneten auch viele Jenaer Kommunalpolitiker die Petition, darunter der Jenaer Oberbürgermeister, seine Dezernent und die OB-Kandidat von Linken, Grünen, SPD und CDU sowie viele weitere Mitglieder des Jenaer Stadtrats.

An der Anhörung nahmen Vertretern aus allen Statusgruppen der Universität Jena teil und schilderten die Auswirkungen der Kürzungen. Folgende Sprecher:innen erläuterten die Standpunkte des Bündnisses und gaben persönliche Erfahrungswerte aus der aktuellen Situation wieder:

Konstantin Freuer - Initiator der Petition

Clemens Beck - Sprecher des Bündnisses FSU Unterfinanziert

Linda Raschke - Studentin an der FSU Jena

Lisa Gersdorf - Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FSU Jena

Konstantin Behrends - Mitarbeiter in Technik und Verwaltung an der FSU Jena

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller - Direktor des Historischen Instituts der FSU Jena

Die Unterzeichner der Petition appellieren an den Thüringer Landtag, alternative Lösungen zu finden, um die Universität und ihre Mitarbeiter finanziell abzusichern.

In ihren Reden erklärten die Teilnehmenden, dass die Attraktivität der Universität für Studierende und Forschende wegen der Sparmaßnahmen sinke. Der Stellenabbau und die Wiederbesetzungssperre hätten zur Folge, dass es ein geringeres Lehrangebot gebe. Durch den Wegfall von Professuren seien auch Forschungsrichtungen bedroht. Absehbar sei auch, dass Wissenschaftliche Mitarbeitende durch die Kompensation des Personalausfalls zunehmend überlastet seien. Auch in der Universitätsverwaltung spüre man die Konsequenzen der finanziellen Schiefelage deutlich. Darum fordern die Petenten, dass der Landtag Verantwortung übernehme.

„Wir fordern die Landesregierung auf, die gestiegenen Kosten bei Energie, Bau, Tarifen und sonstigen Investitionen auszugleichen“, forderte Clemens Beck in der Anhörung. „Andere Bundesländer wie Bayern und Nordrhein-Westfalen haben diese extern verursachten Kostensteigerungen durch erhöhte Zuschüsse abgemildert.“

Auch die anderen Thüringer Hochschulen könnten in den kommenden Jahren von finanziellen Schwierigkeiten bedroht sein. Demnach solle der Einsatz für die FSU Jena auch zukunftsweisend für jene sein.

Hintergrund

Das Bündnis „FSU Unterfinanziert“ hat sich im Juni 2023 gegründet und setzt sich aus Studierenden und Beschäftigten der Universität Jena zusammen. Es richtet sich gegen die im Sommer 2023 angekündigten Kürzungen an der Universität Jena. Die FSU Jena erwartet in den kommenden Jahren ein jährliches Defizit von 12 bis 15 Mio. Euro und hat bereits Sparmaßnahmen umgesetzt, darunter eine Stellenwiederbesetzungssperre. Darüber hinaus ist der Abbau von Stellen im Umfang von mehr als 100 Vollzeitäquivalenten bis zum Jahr 2030 vorgesehen. Diese Maßnahmen gefährden nicht nur die Qualität von Lehre und Forschung, sondern auch die Attraktivität der Universität als Arbeitgeberin und damit den Wissens- und Bildungsstandort Jena.

Die finanziellen Engpässe der Universität sind durch steigende Energie-, Bau- und Mietkosten sowie Minderausgaben im Landeshaushalt verursacht. Diese Entwicklungen sind in der Rahmenvereinbarung V dem Land Thüringen und den Thüringer Hochschulen nicht berücksichtigt.

Deshalb fordert das Bündnis:

- Langfristige Übernahme der Energiekostensteigerungen
- Übernahme der Kosten für steigende Mieten, für Tarifsteigerungen und für Mehrausgaben bei Sachmitteln
- Stellensperren und Personalabbau müssen abgewendet werden

Für Rückfragen

Barbara Meier, Mitglied im Erweiterten Präsidium der Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Handy: 0157/73833441
- Mail: Barbara.Meier@uni-jena.de

Clemens Beck, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Handy: 0173/8186808
- Mail: Clemens.Beck@uni-jena.de